# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,— Mk., zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenannahmestellen stehen jederzeit zur Verfügung.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 4. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, den 6. Januar 1925


## Die „Kontrollkommissionen"

Wir haben im deutschen Vaterlande viel Schmach schon erleiden müssen mit jenen so überaus „wichtigen" Kontrollkommissionen der Entente. Aber wir haben auch — und das kann unverhohlen gesagt werden — mit einer gewissen Schadenfreude die Tätigkeit dieser „Kommissionen" verfolgt, wenn sie in fast lächerlicher Eile und Wichtigkeit irgendeiner niedrigen Denunziation Folge leistend, erschien, um eine hochnotpeinliche Untersuchung auf Grund der Anzeige vorzunehmen, die dann — es ist das in der gegenwärtigen Verfassung unseres armen deutschen Volkes doch nur zu natürlich — stets gänzlich erfolglos verliefen. Diese Untersuchungen erstreckten sich aber bisher lediglich auf rein politische Dinge.

Um so mehr erregt es Erstaunen, um so lächerlicher kommt einem eine solche „Kontrollkommission" vor, wenn man jetzt in einem kleinen Provinzblatt liest, daß in dem Dörfchen Seelow, das in der friedlichen Ueckermark liegt, die berüchtigte „Kontrollkommission" eine Untersuchung vorgenommen habe. Das Blatt berichtet über den „Besuch" der Kommission: „Nachmittags um 2 Uhr trafen in drei Kraftwagen ein englischer Oberleutnant, ein französischer Hauptmann in (natürlich zwangsweiser, d. Red.) Begleitung eines deutschen Obersten und eines Regierungsvertreters hier ein. Die Kommission stellte die Zahl der hiesigen Polizeibeamten und Nachtwächter sowie die Höhe der diesen gewährten Gehälter fest. Die Kontrolle währte nur wenige Minuten. Nach kurzem Aufenthalt verließ die Kommission Seelow in der Richtung Müncheberg."

Die armen Seelower Polizeibeamten und Nachtwächter, daß sie in den dringenden Verdacht der „Kriegsverdächtigkeit" bei der „Hohen Schnüffelkommission" gekommen sind. Wir haben uns die Nachtwächter, wie sie vermutlich auch das harmlose Dörflein Seelow haben wird, immer als die gemächlichen Hüter dörflicher Ordnung vorgestellt, die darin besteht, daß die Wächter von Stunde zu Stunde den Dorfbewohnern die Zeit durch das traditionelle Horn verkünden, die sonst aber durchaus friedliche Leute sind. Wehe Frankreich, wenn wir nun, nachdem uns die Schnüffelkommission von der Kriegstüchtigkeit der Dorfnachtwächter überzeugt hat, dieses Nachtwächterheer mit Tuthörnern bewaffnet gegen die französischen Panzertanks und Maschinengewehre anmarschieren lassen!

Welch eine komische Tragik liegt in dieser Tätigkeit der französischen Schnüffelkommissionen. Und man würde mit einem verächtlichen Lächeln auf den Lippen an diesem ängstlichen und albernen Gebaren vorübergehen, wenn man nicht wüßte, daß alle diese Fahrten mit Autos, die täglich zu hunderten ausgeführt werden, auf Kosten des deutschen Volkes vorgenommen werden; wenn man nicht wüßte, daß das deutsche Volk jede Minute der „kostbaren Arbeitsleistung" dieser „Kommissionen" mit seinem sauer verdienten Gelde bezahlen muß. Es ist der reinste Hohn auf die Not der breiten Masse des deutschen Volkes, von der Tausende und aber Tausende nicht satt zu essen haben, von dem Tausende und aber Tausende durch das heraufbeschworene Elend der verheerenden Seuche der Tuberkulose anheimfallen, ohne daß ihnen so geholfen werden könnte, wie es die reine Menschlichkeit erfordert, währenddes täglich ungezählte Autos mit hundertmal so vielen Beamten der fremdländischen Kommissionen durch die deutschen Gaue fahren, um ihre verachtungswürdige Tätigkeit auszuüben — auf Deutschlands Kosten! Oder meint man vielleicht, daß sich beispielsweise die Kommission in Seelow aus reiner Menschenfreundlichkeit nur nach den Verdiensten der Polizeibeamten und Nachtwächter erkundigt habe?

Von Frankreich eine Erkenntnis der Unwürdigkeit dieser seiner Handlungsweise zu erwarten, wäre ein Unding — ein solches Volk kann nicht edel denken und kann nicht auch den besiegten Feind in der Not achten, denn es hat seine „Kultur" uns allzu oft bewiesen. So muß Deutschland und mit ihm das gerechtdenkende Ausland seine Sache selbst in die Hand nehmen und diesem unwürdigen Zustand durch die entschiedene Forderung ein Ende machen. Deutschland ist trotz seiner Besiegtheit noch immer ein freies und unabhängiges Volk und muß sich gegen eine solche „Ueberwachung" und unwürdige Bevormundung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der moralischen geistigen Selbstverteidigung zu wehren wissen!

H. W.

## Die verfahrene Lage.

Von besonderer Seite wurde uns zu der verfahrenen politischen Situation geschrieben:

„Alle Fraktionen von rechts und links haben sich durch ihre Erklärungen und Beschlüsse derart festgerannt, haben vor allem aber eine solche Angst vor einem Umfall, daß man wirklich nicht sieht, wie auf dem jetzigen Wege, also durch Verhandlungen mit Fraktionen, die tragfähige Regierung durch Marx gebildet werden könne, die der Auftrag des Reichspräsidenten von ihm erheischt. Nun ist wieder die Idee aufgetaucht, ein sogenanntes überparteiliches Kabinett zu bilden, in dem die Personen Marx und Stresemann auch nach außen hin die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik dokumentieren sollen. Aber ist das noch möglich? Wäre es im November noch möglich gewesen, eine deutsche Außenpolitik fortzusetzen, wie sie durch das Dawes-Gutachten und den Londoner Pakt eingeleitet war, so ist diese Absicht zweifelhaft geworden durch die Umwälzung der außenpolitischen Situation Deutschlands. Als ob sich die Dinge nicht täglich änderten, die außenpolitische Lage Deutschlands, das Verhältnis zu den anderen Mächten sich nicht ständig ändern kann — und damit die außenpolitischen Möglichkeiten, Ziele und Zieländerungen. Das heißt also Änderung der Außenpolitik. Jetzt aber kann man selbst von einer einheitlichen Außenpolitik der Herrn Marx und Stresemann ganz gewiß nicht mehr reden, und die Zurückhaltung in der deutschen Außenpolitik der letzten Wochen nachdem die Entscheidung über Köln im Dezember gefallen war, hat nicht zuletzt darin ihren Grund, daß eben die außenpolitischen Ideen der beiden Männer auseinandergingen, weil vor allem Stresemann aus der geänderten außenpolitischen Situation auch insofern die Konsequenzen ziehen wollte, als der parlamentarische Unterbau des Kabinetts und damit seiner neuen Politik ein anderer werden mußte.

Marx dagegen bleibt bei dem Willen zu dem, was er Verständigungspolitik nennt und als Politik des Möglichen bezeichnet. Er hat damit ein Ziel, in das er mit stärkstem Willen auch die geänderte außenpolitische Situation hineinzwingen will. Wenn er also vielleicht für sein Kabinett der überparteilichen Köpfe eine Reihe von Fachministern gewinnt —, das weite Auseinandergehen in der Hauptsache und vor allem im aktuellsten des Augenblicks, nämlich in der Beurteilung der deutschen Außenpolitik von heute und morgen, wird schwer eine Einheitlichkeit herbeiführen lassen. Der parlamentarische Unterbau für ein überparteiliches Kabinett ist nicht fest gefügt. Es gibt keine Mehrheit außenpolitischer Natur von Deutscher Volkspartei bis Sozialdemokratie, weil die Parteien doch sofort wieder mit Grundsätzen und Programmen aufeinander losschlagen, anstatt sich auf dem Boden des Wirklichen zu finden.

Schwieriger wird die Arbeit des bisherigen Reichskanzlers Marx an der Bildung des Kabinetts noch dadurch, daß auch die bisherige Koalition in Preußen als gesprengt betrachtet werden muß durch die Erklärung der Deutschen Volkspartei, das bisherige Kabinett Braun nicht mehr länger stützen zu wollen. Bei der Umänderung der Stärkeverhältnisse der Parteien im preußischen Parlament und ferner deswegen, weil die Wirtschaftspartei sich jener Erklärung angeschlossen hat, ist eine Mehrheit für das Kabinett Braun nicht sicher, und es kann also in den nächsten Tagen auch in Preußen zu einer Kabinettskrise kommen.

Natürlich werden wir früher oder später auch im Reich nicht um eine politisch-parlamentarische Auseinandersetzung über die künftigen Wege unserer Steuer-, Wirtschafts-, Sozial- und sonstigen Innenpolitik herumkommen, aber verzweifeln müßte man nun doch endgültig, wenn es nicht gelänge, den außenpolitischen Willen des gesamten deutschen Volkes wenigstens jetzt für den entscheidenden Augenblick zu einem und in einem Kabinett zusammenzufassen."

# Marx bei der Bildung eines überparteilichen Kabinetts

## Gescheiterte Verhandlungen.

Berlin, 3. Januar.

**Reichskanzler Marx hatte heute die in Aussicht genommene Aussprache mit den Führern der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten. Der Verlauf der eingehenden Besprechung ergab, daß die drei Fraktionen bei den von ihnen aus Anlaß der Regierungsbildung gefaßten Beschlüssen verharren, und daß somit die Möglichkeit der Bildung einer auf tragfähiger parlamentarischer Mehrheit beruhenden Regierung nicht gegeben ist.**

Die Beschlüsse der Fraktionen gingen bekanntlich dahin, daß die Deutsche Volkspartei nur eine Erweiterung der Regierung nach rechts zugeben und in der bisherigen Koalition nicht verbleiben will, und daß das Zentrum sowohl eine Koalition nur nach rechts wie auch nach links, also die Weimarer Koalition ablehnt. An der Besprechung nahmen vom Zentrum die Abgg. Spahn, Stegerwald und Becker-Arnsberg, von der Deutschen Volkspartei die Abgg. Scholz, Curtius und Brüninghaus, von den Demokraten die Abgg. Koch, Erkelenz und Dernburg teil. Von der Regierung waren daran außer dem Reichskanzler die Minister Stresemann, Graf Kanitz, Jarres und Hamm beteiligt. Später hatte der Reichskanzler noch Besprechungen mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten, die aber schwerlich an der Sachlage etwas ändern dürften.

Mit diesen gescheiterten Verhandlungen dürfte der vom Reichspräsidenten dem Reichskanzler Marx gegebene Auftrag, nochmals die Parteien auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen und ihre Hilfe zur Regierungsbildung anzurufen, erledigt sein. Der Beweis ist damit erbracht, daß die Regierungsbildung auf parlamentarischer Grundlage nicht möglich ist und daß der Verlegenheitsweg einer überparteilichen Kabinettsschaffung eingeschlagen werden muß.

**Der Reichskanzler wird dem Reichspräsidenten über die Ergebnislosigkeit seiner Sondierung bei den Parteien berichten und daraufhin vermutlich sofort den offiziellen Auftrag zur Bildung eines überparteilichen Reichsministeriums erhalten und annehmen. Bei der Auswahl seiner Mitarbeiter in der neuen Regierung wird Marx ohne offizielle Fühlungnahme mit den Parteien handeln.**

Es kommt wie bekannt die Besetzung von vier teils freien, teils freiwerdenden Portefeuilles in Frage, die mit Nichtparlamentariern besetzt werden sollen. Dabei wird angenommen, daß alle übrigen bisherigen Minister im Kabinett verbleiben.

*

## Auftrag an Marx.

Berlin, 4. Januar.

Nach den Besprechungen mit den Führern der Reichstagsfraktionen hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten über das Ergebnis der Aussprache Bericht erstattet, wie amtlich gemeldet wird. Da nach der von den Fraktionen eingenommenen Haltung die Bildung einer auf parlamentarischer Mehrheit beruhenden Regierung nicht möglich ist, hat der Reichspräsident den Reichskanzler Marx beauftragt, eine dieser parlamentarischen Lage Rechnung tragende Reichsregierung zu bilden. Reichskanzler Marx hat den Auftrag angenommen.

Die Unterhaltungen des Reichskanzlers mit den Vertretern der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten im Laufe des Sonnabends hatten an der gegebenen Situation nichts geändert. So wurde denn Marx mit der Bildung des überparteilichen Kabinetts beauftragt. Die Montag zusammentretenden Fraktionen werden sich zu entscheiden haben, wie sie sich zu einem solchen Kabinett stellen werden, das keine parteipolitische Bindung mehr hat und zu dem Marx wenigstens theoretisch Vertreter aus allen Parteien heranziehen kann, wenn sie seinem Rufe Folge leisten. Ob es unter diesen Umständen gelingt, ein arbeitsfähiges Kabinett zusammenzubringen, werden die nächsten Stunden zeigen müssen.

### Die gestrigen Verhandlungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

**Berlin, 5. Januar. Die beiden der Deutschnationalen Volkspartei nahestehenden Persönlichkeiten, die der Kanzler gestern mit den Abgg. Leicht und Bredt zur Bildung eines überparteilichen Kabinetts empfangen hatte, waren Generaldirektor Neuhaus und Vizepräsident v. Kries. Diesem wurde das Innenministerium, jenem das Wirtschaftsministerium angeboten. Sie haben sich ihre Entscheidungen bis heute vorbehalten.**

## Die Ueberreichung der Note.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

**Paris, 5. Januar. Wie Havas aus Berlin meldet, wird heute mittag 12,30 Uhr von dem englischen Botschafter im Beisein seiner Kollegen der Reichsregierung die Note überreicht werden. Bei dieser Gelegenheit wird auf die Bedeutung der Note hingewiesen werden und es erfolgt eine Ankündigung, daß eine zweite Note folgen wird, sobald die alliierten Mächte an Hand des Berichtes der Kontrollkommission sich von der Abrüstung Deutschlands haben ein Bild machen können.**

## Das vorläufige deutsch-französische Handelsabkommen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

**Paris, 5. Januar. Die von der französischen Abordnung ausgearbeiteten vorläufigen Vereinbarungen aus dem Handelsvertrag mit Deutschland umfassen 43 Paragraphen. Darin sind die von den deutsch-französischen Sachverständigen bereits angenommenen Teilvereinbarungen sowie die auf elsaß-lothringische Ausfuhr nach Deutschland bezüglichen Sonderbestimmungen enthalten. Die Vereinbarungen befassen sich auch mit der Frage des Niederlassungsrechtes, der Schiffahrt, der Gewährleistung für Industriebesitz und die Fabrikmarken. Von französischer Seite wird betont, daß die Verhandlungen beiderseits in der freundschaftlichsten Weise fortgesetzt werden. Gleichzeitig mit dem vorläufigen Abkommen werden auch die Verhandlungen zu dem allgemeinen fortgesetzt. Heute werden die Vertreter der Lederindustrie zusammentreten und hierauf die Beauftragten der Metallindustrie. Der Entwurf des vorläufigen Abkommens ist vor drei Tagen der deutschen Abordnung zur Prüfung überreicht worden. Die Annahme des Entwurfes durch die deutschen Vertreter steht noch nicht fest. Von französischer Seite wird hinzugefügt, daß das Abkommen auf die Dauer von vier Monaten gerechnet ist.**


SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF